№ 54
A 24
Morgen-Ausgabe
Berlin
Freitag 1. Februar 1924

Vossische Zeitung

15 Pfennig
(150 Milliarden)
Gegründet 1704
Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal: Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder", Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1.20 Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 5.— Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch. Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3800 5963, für den Fernverkehr: Amt Dönhoff 3686 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Verselbständigung der Post und Bahn.

Beschluß des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett genehmigte in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf einer Verordnung, durch die unter der Bezeichnung „Deutsche Reichsbahn" ein selbständiges, eine juristische Person darstellendes wirtschaftliches Unternehmen geschaffen werden soll, durch das das Deutsche Reich die in seinem Eigentum stehenden Eisenbahnen betreibt und verwaltet.

Auch der Entwurf des Postfinanzgesetzes fand die Billigung des Kabinetts. Durch diesen Gesetzentwurf soll der Reichspost- und Telegraphenbetrieb als ein selbständiges Unternehmen unter der Bezeichnung „Deutsche Reichspost" vom Reichspostminister unter Mitwirkung eines Verwaltungsrats verwaltet werden.

*

Die gestern vom Reichskabinett beschlossene Neuorganisation der Reichsbetriebsverwaltungen kommt nicht unerwartet. Nachdem der Etat der Eisenbahn und der Post bereits aus dem Reichsetat herausgelöst worden ist, soll jetzt auch in aller Form die Vermögensfusionierung der Bahnen und der Post, die bisher als Bestandteil des Reichsvermögens galt, verselbständigt werden.

Der Grund hierfür ist ein zweifacher. Einmal soll durch die Loslösung ermöglicht werden, die Reichsbetriebe besser als bisher nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten zu betreiben. Sodann aber soll dadurch auch die Möglichkeit besonders für die Eisenbahn, Kredite aufzunehmen, erleichtert werden.

Das Reich bleibt nach wie vor alleiniger Besitzer der bisherigen Reichsbetriebe. Ueber die künftige Rechtsform der Verkehrsbetriebe liegen genaue Einzelheiten noch nicht vor. Wahrscheinlich wird für die Eisenbahn eine Betriebsgesellschaft gebildet werden ähnlich der, die aus den österreichischen Bundesbahnen auf Anraten des englischen Eisenbahnsachverständigen bei der Reparationskommission, Sir Acquorth, gebildet worden ist. Die Eisenbahn wird nicht in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, sondern man wird eine neuartige Gesellschaftsform wählen. Vorerst übernimmt der Reichsverkehrsminister die Leitung der neuen Gesellschaft. Später wird man vielleicht dazu übergehen, die gesamte technische und geschäftliche Leitung der Bahnen einem Generaldirektorium zu übertragen, dem als Aufsichtsbehörde eine Reichsinstanz gegenübersteht.

Auch die Post soll in eine besondere Gesellschaftsform übergeführt werden, die sich, den besonderen Eigenheiten des Postbetriebes entsprechend, nicht unmittelbar von der neuen Organisation der Eisenbahnen unterscheiden wird. Auch hier wird vom Reich die Aufsicht geführt. Später dürfte als Aufsichtsbehörde für die Post und die Eisenbahn ein gemeinsames Verkehrsministerium fungieren.

Ueber die Folgerungen, die sich aus der Neuorganisation für die Beamtenschaft der Post und der Eisenbahn ergeben, liegen noch keinerlei Beschlüsse vor. Die Verordnung über die Umgestaltung der Eisenbahn muß, bevor sie in Kraft treten kann, noch den Reichsrat und den Fünfzehner-Ausschuß des Reichstags passieren; doch hofft man, daß mit der neuen Unternehmungsform bereits am 1. April begonnen werden kann. Zum selben Termin soll auch, wenn irgend möglich, das geplante Postfinanzgesetz in Kraft treten, das die Unterlage für die Umgestaltung der Reichspost gibt.

Urlaubskürzung der Beamten.

Das Reichskabinett beschloß gestern, daß der Erholungsurlaub der Beamten für 1924 gleichmäßig um sieben Tage gekürzt werden soll, und daß in Krankheitsfällen von Beamten nach dreitägiger Krankheitsdauer ein ärztliches Zeugnis einzureichen ist.

Nervosität in der Kammer.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 31. Januar.

Die Kammer setzte heute nachmittag die Beratungen über das Nachprüfungsgesetz fort.

Der frühere Finanzminister im Kabinett Clemenceau, Kloß, äußert den Wunsch, daß auch die Kriegslieferungsverträge nachgeprüft werden, weil auch dabei bedeutende Summen zurückverlangt werden könnten. Die Gesetzesvorlage über die Revision dieser Lieferungen liege seit zwei Jahren unerledigt im Senat. Es gäbe nicht nur in Nord- und Ostfrankreich Gauner. Ueber das verwüstete Gebiet seien zweifelhafte Architekten, Unternehmer und Finanziers hergefallen, die man mit Recht als Ausbeuter des Elends bezeichnet habe. Aber selbst, wenn es gelänge, den Betrügern einen Teil des Geldes wieder abzunehmen, würde es sich nicht um Einnahmen für das Budget 1924 handeln. Kloß erklärte als das Dringendste, den Kampf gegen die Steuerhinterziehung zu organisieren.

Poincaré: In diesem Augenblick handelt es sich darum, das Budget der aus dem Friedensvertrag zu deckenden Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Die Regierung hat die Revision der Entschädigungen angenommen, weil die Revision dieser Akten vorgegeben erschien, ehe man dem Land neue, wenn auch nur provisorische Opfer zumutet. Aber die Regierung kann nicht zulassen, daß auf diese Debatte andere Diskussionen aufgepfropft werden. Man kann von den Lieferungen und Spekulationen ein anderes Mal sprechen, um den Durst nach Skandalen, der gewisse Politiker quält, zu stillen.

Zuruf des Radikalen Vincent: Es ist etwas zu spät.

Poincaré: In diesem Augenblick, Herrn Vincent, verteidigen wir die Amtsführung des Herrn Loucheur ebenso sehr wie diejenige des Herrn Reibel. (Lebhafter Beifall in der Mitte.) Ich habe genug von diesen Intrigen und Coulissenmanövern. Ich appelliere von Angesicht zu Angesicht feierlich an das Vertrauen der Kammer. (Lebhafter Beifall.)

Der Sozialist Inghels erklärt, zu seinem Bedauern müsse er schon wieder von Skandalen sprechen. **Seit mehreren Tagen übten mehrere Großindustriellen, die bedeutende Entschädigungen erhalten haben, einen unerlaubten Druck aus, um zu verhindern, daß die Skandale im Parlament erörtert werden.**

Loucheur ergreift unter großer Spannung des Hauses das Wort. Er führt aus: Er habe bisher nicht gesprochen, weil die Debatte so konfus war, daß jedes Wort der Klarheit unmöglich schien.

Zuruf des Sozialisten Inghels: Sie stehen hier als Angeklagter!

Loucheur fährt fort, er danke Poincaré für die Erklärung, daß die Regierung auch seine Amtsführung verteidige. Der Ministerpräsident habe mit seiner Bemerkung auf Aeußerungen angespielt, die heute morgen gefallen sind.

Poincaré: Jawohl, in einer Zusammenkunft, die im Senatsgebäude stattgefunden hat.

Loucheur: Ich war von allen, welche an dieser Zusammenkunft teilgenommen haben, am mildesten bei Kritisierung des Verhaltens der Regierung während dieser Debatte. Als es 1921 Wiederaufbauminister wurde, seien die Akten noch voller kleine einzige Entschädigung fertiggestellt gewesen. Er habe dann eine Reihe von Maßnahmen zur Wahrung der Rechte des Staates verfügt. So habe er z. B. die Abtretung der Entschädigungsansprüche verboten.

Als Kloß erneut versucht, von Lieferungsskandalen und dergleichen zu sprechen, gibt Poincaré ihm zunächst zu bedenken, daß Kloß als früherer Finanzminister mit verantwortlich ist, und verbittet sich schließlich derartige Abschweifungen vom Thema. Er verspricht, daß die Nachprüfung der Kriegslieferungen später an die Reihe kommt. Der Steuerausschuß von 20 v. H. wird von dem ganzen französischen Volke getragen werden. (Beifall.) Der Ministerpräsident weist einige Einwände von Kloß scharf zurück.

Nach längeren Auseinandersetzungen darüber, ob die Grundzahl nur den reinen Schaden oder die Gesamtentschädigung mit Einschluß aller Nebenkosten darstellen soll, nimmt die Kammer mit 310 gegen 235 Stimmen die von Poincaré geforderte Grundzahl von einer Million an.

Die Debatte wird Freitag nachmittag fortgesetzt.

Gegen den Ausnahmezustand.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Hamburg**, 31. Januar.

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei Hamburg nahm in einer Sitzung eine Entschließung an, in der an die demokratische Reichstagsfraktion der Appell gerichtet wird, darauf hinzuwirken, daß der militärische Ausnahmezustand unverzüglich beseitigt werde. Dieser Ausnahmezustand, der nur für den Fall außergewöhnlicher und gefährlicher Ereignisse Berechtigung hat, richtet sich heute in seinen Wirkungen auch gegen die verfassungstreuen republikanischen Parteien. Er ist Deckmantel reaktionärer Bestrebungen, die unter Heranziehung des Artikels 48 ihre politischen und sozialpolitischen rückschrittlichen Ideen verwirklichen wollen. Zeitungsverbote, reaktionäre Tendenzen des Straf- und Verfassungsrechts, das Vorgehen in Sachsen, und besonders Thüringen, beweise die Gefahr des Ausnahmezustandes für alle bürgerlichen Freiheiten. Der Parteiausschuß fordert den schärfsten Kampf für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände gegen die verschleierte Reaktion in den den Ausnahmezustand handhabenden Organen.

Außenpolitische Ausblicke.

Macdonalds Völkerbund-Politik. / Weltkonferenz. / Preisgabe des Separatismus. Die Abgedankten. / Entwicklung in den Kolonien. / Wirtschaftspolitische Fortschritte.

Fast möchte es wie ein Paradoxon anmuten, daß der Auftakt zu den großen außenpolitischen Unternehmungen der neuen englischen Regierung nicht etwa von Macdonald oder einem seiner Mitarbeiter ausgegangen ist, sondern von einem Liberalen, vor dem englischen Ministerpräsidenten des Kriegsbeginns, Lord Edward Grey. Denn dessen auf einer Wahlversammlung ergangener Appell, alle künftige Europapolitik unter die Aegide des Völkerbundes zu stellen und zu diesem Zweck den Bund zu ergänzen, ihm vor allem Deutschlands Beitritt zu sichern, umschrieb in sensationeller Weise das Programm, mit dem Macdonald vor die Welt getreten ist. Es war freilich schon vorher kein Geheimnis, daß der Leitgedanke der Labour Party für die künftige Außenpolitik — in einem gewissen Gegensatz zu der früheren Stellungnahme der Partei gegenüber einem unvollständigen und als Machtmittel der Siegerstaaten ausgebeuteten Völkerbund — die Einhaltung der Pariser Verträge, aber unter ständiger Kontrolle eines wirklichen Völkerbundes proklamieren würde. Die Tatsache, daß Lord Grey es übernommen hatte, dieses Programm in ganz klaren, scharfen Worten zu umreißen, und dabei England auf die Unterstützung des Bundes mit Waffengewalt im Falle von Verstößen gegen seine Satzungen festzulegen, war aber zugleich programmatisch dafür, daß in der Außenpolitik des britischen Imperiums seine Partei, sondern das Reichsinteresse maßgebend sein werde. Das ist gewährleistet worden durch eine Vereinbarung mit der Arbeiterpartei, die Führung der außenpolitischen Geschäfte einem Ausschuß aus Mitgliedern aller drei großen englischen Parteien zu unterstellen und dem Kabinett Macdonald damit nicht so sehr eine Art von Kontrolle, als vielmehr die Sicherheit für eine von der ganzen Nation gebilligte Geschäftsführung und somit für einen längeren Bestand zu gewähren. Ein Beispiel aus dem der Parlamentarismus anderer Länder lernen könnte.

*

Was Macdonald selbst zu diesem großen und für Deutschland in erster Linie bedeutsamen Programm hinzuzufügen hat, das hat er in einem zur richtigen Zeit veröffentlichten Interview dem Vertreter des Pariser „Quotidien" schon vor Wochen gesagt: Verletzung der höheren Interessen Europas neben denjenigen Englands durch die Ruhrbesetzung, Vermehrung der künftigen Kriegsgefahren durch übertriebene Rüstungen, Verletzung des Friedensvertrages durch den insinuierten Separatismus. Das hat er weiter in dem Briefen Poincarés unterstrichen, in dem er ihm seinen Amtsantritt notifiziert und die Hoffnung ausdrückt, daß im Gegensatz zu der bisher „verstimmenden Politik" Frankreich ihm künftighin das Zusammenarbeiten erleichtern werde. Schließlich hat er den Gedanken einer Weltkonferenz nach dem Muster von Genua in die Debatte geworfen. Diese ganze Aktivität hat den Erfolg gehabt, daß Poincaré nach einer Besprechung mit dem belgischen Minister Jaspar, der den englischen Argumenten beigetreten zu sein scheint, in deutlich erkennbarer Weise eingelenkt hat. Die Tatsache, daß eine Festigung seiner eigenen Stellung in der französischen Kammer unmittelbar voranging, unterstreicht die an dieser Stelle bereits früher ausgesprochene Annahme, daß der „Poincaré der schärfsten Tonart" stets mehr oder weniger das Produkt innenpolitischer Schwierigkeiten ist.

*

Als wichtigste Konzession für uns selbst ist die Preisgabe des Separatismus zu verzeichnen, von dem in Paris jetzt entschieden und unumwunden abgerückt werden soll. Der „Temps", der ja als das offiziöse Organ der Regierung angesprochen werden darf, zieht mit einem ganz schwachen Unterton von Betrübnis das Fazit dieser militärpolitischen Experimente: „Die Stimmung der rheinischen Bevölkerung ist von den sogenannten separatistischen oder autonomistischen Bewegungen nicht sehr getreu wiedergegeben worden — diejenige der Pfalz, die nunmehr aufgegeben erscheint, ist nur die letzte einer recht jämmerlichen Serie — die Reparationszahlungen sind dadurch sicherlich nicht erleichtert worden — eine Aufklärung der ganzen Vorgänge würde sich im Interesse der öffentlichen Meinung Frankreichs empfehlen." Wer an der gleichen Stelle noch vor wenig Wochen die Auslassungen zugunsten der „rechtmäßigen" autonomen Pfalzregierung uns gelesen hat, wird sich über diese Separatistenfrage, der Poincaréschen Serie unterbreiten, als gewisser Fortschritt zu buchen, wenn schon Macdonald freilich für die durch die eigenmächtige Anerkennung von Verordnungen der „Pfalzregierung" durch die Rheinlandkommission geschaffenen Konflikte auf Anrufung des Haager Schiedshofs besteht. Mit dem Ende des

STAATS-BIBLIOTHEK ZU BERLIN KULTURBESITZ